Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa Fernruf 1237 Postfach Nr. 59

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns zu Großenhain behördlich bestimmte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meißen

Postscheckkonto Dresden 1530 Girokasse: Riesa Nr. 59

№ 158 — Sonnabend, 10. Juli 1937, abends — 90. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Rpf., die 90 mm breite, 3 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundschrift: Petit 3 mm hoch). Ziffergebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlaß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 59.

Moskau der Unruhestifter in Spanien

Geharnischte Anklagerede

des deutschen Botschafters von Ribbentrop vor dem Londoner Nichteinmischungsausschuß

)(London. Botschafter v. Ribbentrop hielt vor dem Nichteinmischungsausschuß folgende Rede: Von den Reden, die gestern hier gehalten worden sind, habe ich einige mit Interesse, aber mit größter Ueberraschung angehört.

Daß der **Sowjetbotschafter** wie üblich eine jener tendenziösen Propagandareden produziert hat, die seine besondere Spezialität zu sein scheinen, daran haben wir uns hier im Ausschuß allmählich so gewöhnt, daß dieses Verhalten längst auf vernünftige Leute gerade die entgegengesetzte Wirkung von dem hat, was der Sowjetbotschafter erreichen möchte. Die Beweggründe, die den Sowjetbotschafter zur Anwendung einer aggressiven Methode und so seltsamer Argumentierungen treiben, wie wir sie soeben angehört haben, liegen auf der Hand: **Die Sowjetregierung versucht, wo sie nur kann, Unruhe zu stiften, weil sie damit die Weltrevolution vorwärts treiben will. Ich für meinen Teil muß daher der Sowjetregierung die Fähigkeit absprechen, in Sachen des Spanienkonfliktes unvoreingenommen und unparteiisch urteilen zu können.**

Ich möchte jetzt auf die Ausführungen des **französischen und des englischen** Vertreters eingehen. Das wesentlichste jener Reden, wenn ich sie recht verstehe, ist zweierlei:

1. Es wird erneut die Unparteilichkeit und Fairniß des englischen und französischen Vorschlages geltend gemacht, der dahin geht, **die Gesamtkontrolle über die spanischen Küsten den Flotten Frankreichs und Englands zu übertragen.**

2. **Die Kritik an dem italienisch-deutschen Vorschlag, eine Neukonsolidierung des Nichteinmischungssystems zu schaffen, und der Vorwurf der Parteilichkeit, der diesem Vorschlag gemacht wird.** Angesichts dieser zumindest ungewöhnlichen Art, die Probleme zu sehen, glaube ich, daß es offenbar nicht nur angebracht, sondern unvermeidlich geworden ist und meiner Meinung nach sogar höchste Zeit, daß die Probleme, denen wir hier in diesem Komitee gegenüberstehen und die wir zu lösen haben, von allem unausgeglichenem Gerede und von allen tendenziösen Verdrehungen zu propagandistischen Zwecken befreit und auf ihre **ursprüngliche Form** zurückgeführt werden.

Bolschewistische Umtriebe

Was ist nun diese wohl ursprüngliche Form? Um das klarzumachen, muß ich Ihnen **einen kurzen Ueberblick über die Ereignisse geben, die zu der gegenwärtigen Lage, so wie ich sie nun sehe, geführt haben.**

1. Die Dritte Internationale oder **Komintern in Moskau** hat sich in Verfolg der von Lenin niedergelegten Gesetze die inneren spanischen Unruhen zu Nutze gemacht, um sich dort die Macht anzueignen in der von der Komintern fortgesetzt und offiziell verkündeten Absicht, **in Spanien festen Fuß zu fassen, um von dort aus Frankreich, Europa und schließlich die Welt zu erobern.** Hunderte von Agenten und Provokateuren wurden nach Spanien geschickt, um dieses Ziel Moskaus zu erreichen.

2. **Unter der Aufhürung sowjetrussischer Kommunisten und Bolschewisten, verstärkt durch das Hineinströmen unruhiger und unzufriedener Elemente aus der ganzen Welt wurden Zehntausende unschuldiger Männer, Frauen und Kinder in Spanien hingemordet.** Das leichtfertige Urteil einer Handvoll ungeschulter „Beobachter" kann an diesen geschichtlichen Tatsachen nichts ändern. **Endlich raffte sich das nationale Spanien unter der Führung General Francos zur Verteidigung auf.**

3. **Es wäre dem europäischen Frieden wahrscheinlich zuträglicher gewesen, dem ehrlichen, nationalen Spanien zu helfen, die bolschewistischen Verbrecher so schnell wie möglich los zu werden.** Aber Europa beschränkte sich darauf, zu versuchen, den Spanienkonflikt auf Spanien selbst zu beschränken, und die beste Lösung, die man finden konnte, war die einer **Nichteinmischungspolitik.** Das Ergebnis war dieser Ausschuß.

4. **Mehr als zehn Monate sitzen wir nun zusammen, aber wir müssen gestehen, daß wir nun zum Teil Erfolge gehabt haben.** Wir haben versucht, das Gold der Bank von Spanien sicherzustellen. Wir haben es nicht gefunden. Wir haben versucht, andere Nationen für den Anschluß an das Nichteinmischungsabkommen zu gewinnen — bis jetzt ist dieser Versuch gescheitert. Wir haben beschlossen, die Waffeneinfuhr nach Spanien zu verhindern — trotzdem sind die ganze Zeit über Waffen nach Spanien gelangt.

Nichtbeachtung der Vorschläge Deutschlands

Schon im August v. J. schlugen Deutschland und Italien ein Verbot der Einreise von Freiwilligen vor. Dieser Vorschlag wurde weder von England noch von Frankreich angenommen. Später aber, als man sah, daß mehr und mehr Freiwillige auch für die nationale Sache kämpften, kam man auf den deutsch-italienischen Vorschlag zurück, und erst jetzt gelang es, sich auf ein Verbot der Entsendung von Freiwilligen zu einigen.

Darüber hinaus schlug Deutschland schon im Februar die Auskämmung der Freiwilligen aus Spanien vor. Auch dies erschien den anderen Regierungen wiederum zur Zeit, als der Vorschlag gemacht wurde, nicht opportun. **Heute aber ist er zum dringenden Wunsch Frankreichs und Englands geworden.**

5. Es wäre allerdings vielleicht nicht ganz gerecht, zu behaupten, daß wir in unserer Arbeit überhaupt keine Erfolge gehabt haben. Denn es gelang uns schließlich, das Kontrollsystem zu errichten. **In ihrem Wunsch, die Ueberwachung zu bekämpfen, griffen jedoch die Valenciatreitkräfte bald hernach englische, deutsche und italienische Ueberwachungsschiffe an.** Sechs Tote auf einem italienischen Schiff und 31 Tote und 77 Verwundete auf dem deutschen Panzerschiff „Deutschland" waren das Ergebnis dieser Angriffe. Deutschland gab die einzige Antwort: Es bombardierte die Festung Almeria. Hierin handelte Deutschland im Interesse der ganzen Ueberwachungsflotte, denn was der „Deutschland" passiert war, konnte in den nächsten Tagen einem englischen, französischen oder italienischen Schiff passieren.

Die Pflicht aller wäre es in diesem ernsten Augenblick gewesen, sich rückhaltlos hinter Deutschland zu stellen.

Wie stand es aber mit der **Solidarität des Nichteinmischungsausschusses?** Wenn es nach dem Wunsch des sowjetrussischen Vertreters gegangen wäre, hätte man damals leicht ein seltenes Schauspiel der Verdrehung erleben können. Vielleicht wäre man schließlichen nach sorgfältigsten Beratungen zu der Beschlußfassung gekommen, daß das Bombardement von Almeria die Schuld an dem „Deutschland"-Zwischenfall trüge. Der fairen Haltung des damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses ist es zu verdanken, daß es nicht zu einer solchen Groteske kam.

6. Um nun die Ueberwachungsflotte in Zukunft unter den Schutz der vier Mächte zu stellen, wurde das Abkommen vom 12. Juni zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland getroffen. **Nach diesem Abkommen sollte jeder neue Angriff auf ein Kontrollschiff als eine gemeinsame Sache der vier Mächte angesehen werden.** Dieser Angriff sollte nicht lange auf sich warten lassen. Er folgte am 15. und 18. Juni auf den deutschen Kreuzer „Leipzig". **In diesem Augenblick mußten gemäß dem Abkommen die vier Mächte zur Tat schreiten.** Das deutsche Volk erwartete mit Spannung, was kommen würde und hoffte, daß die vier Mächte sofort handeln würden. **Nach mehrtägigen Auseinandersetzungen aber wurde der deutsche Vorschlag von England und Frankreich abgelehnt, obwohl er sich letzten Endes auf eine ernste Warnung an die Valencia-„Regierung" beschränkte, und diese Warnung durch eine friedliche Demonstration der vier Mächte unterstrichen werden sollte.**

Da wurde mir klar, **daß nach Lage der Dinge England und Frankreich sich auch zu der kleinsten gemeinsamen Geste der Solidarität einfach nicht aufraffen konnten oder wollten.** Es ist tief bedauerlich, daß das Abkommen vom 12. Juni der ersten Belastungsprobe nicht standhielt. Aber auch in Anbetracht der unablässigen aggressiven Wühlarbeit der Komintern in Europa wäre eine symbolische Geste der vier Mächte in diesem wichtigen Augenblick von besonderer Bedeutung gewesen. Nach unseren Erfahrungen muß man die Komintern mit besonderen Methoden bekämpfen. **Darum war es für uns schwierig, ein Argument zu verstehen, das man in jenen Tagen hörte, nämlich: Es habe keinen Zweck, wegen des „Leipzig"-Zwischenfalles gegen Valencia vorzugehen, denn das Bombardement von Almeria hatte ja doch den Angriff auf die „Leipzig" nicht verhindern können.** Eine derartige Einstellung würde Wasser auf die Mühle der bolschewistischen Propaganda sein. Auf das tägliche Leben übertragen, würde dies z. B. bedeuten, **daß man in Zukunft einen Mordversuch nicht mehr bestrafen würde, weil ja doch frühere Verurteilungen wegen vollzogenen Mordes diesen Versuch nicht haben verhindern können.**

Neue Wege der Verbesserung des alten Systems

Deutschland versuchte nach Fühlungnahme mit der italienischen Regierung neue Wege der Verbesserung des alten Systems zu finden, und dabei gleichzeitig die Maßnahmen aufrechtzuerhalten, die sich bisher als glücklich erwiesen hatten. Das Resultat dieser Erwägungen ist der Ihnen vor einigen Tagen zugegangene und heute hier zur Diskussion stehende **deutsch-italienische Plan.**

Dieser Plan enthält den Vorschlag der Beibehaltung des heute bestehenden Ueberwachungssystems, d. h. also Beibehaltung der Ueberwachung der Landesgrenzen sowohl als auch der Seeüberwachung, die Belassung der Kontrolloffiziere an Bord der Schiffe, die die Flagge der Nichteinmischungsstaaten führen. Ferner enthält dieser Plan den Vorschlag, das Kontrollsystem der Kriegsschiffe, das bisher von den vier Mächten ausgeübt werde, durch die Gewährung der Rechte als Kriegführende an die beiden spanischen Parteien zu ersetzen.

Die Reichsregierung glaubt, **daß dieser Plan einen entschiedenen Vorteil hat, und daß es nicht leicht sein wird, einen besseren Plan zu finden.** Der deutsch-italienische Plan ist entschieden besser als der alte, denn: Wie war die Lage bisher? Wir haben die Landkontrolle an der spanisch-französischen und an der portugiesisch-spanischen Grenze. Wir haben das Kontrollsystem zur See, das darin besteht, daß die Schiffe der Nichteinmischungsstaaten bestimmte Kontrollhäfen anlaufen und dort Kontrollorgane an Bord **nehmen, die die legitime Seefahrt überwachen. Den Ueberwachungsschiffen** stand lediglich das Recht zu festzustellen, ob die Schiffe der Nichteinmischungsstaaten Kontrollorgane an Bord hatten. Sie waren dagegen nicht berechtigt, Schiffe anzuhalten, die die spanische Flagge oder die Flagge der nicht am Nichteinmischungsabkommen beteiligten Staaten führten. Hier zeigte sich von Anfang an eine sichtbare Lücke des Systems und diese wurde, wie zweifelsfrei erwiesen **wurde,** zum Waffenschmuggeln im großen Maßstab ausgenutzt. Bezeichnend für die Gegenstandslosigkeit **des** Kontrollsystems ist es, daß bisher auch nicht ein einziger Fall vorliegt, in dem seitens der Ueberwachungsschiffe ein Bruch des Nichteinmischungsabkommens festgestellt wurde. Aber andererseits wissen wir alle, daß die spanische Handelsflotte und der Schiffsverkehr der nicht am Nichteinmischungsabkommen beteiligten Staaten einen ungeheuren Zuwachs in den letzten Monaten erfahren haben.

Es scheint mir nach dem bisherigen Tempo durchaus möglich, daß der spanische Bürgerkrieg längst vorbei sein wird, bis irgendwelche praktischen Resultate vorliegen werden. Unser Vorschlag der Gewährung der Rechte als Kriegführende an die beiden spanischen Parteien hat zum Ziel, Lücken zu schließen. Wenn das Komitee den deutsch-italienischen Plan annehmen würde, würde sich folgende Situation ergeben:

Die Landkontrolle an der portugiesisch-spanischen Grenze sowie auch die Kontrolle der Franco-Küste würde in Kraft bleiben. Das Argument, daß diese Landkontrolle ungerecht wäre, wenn die Patrouillenfahrten der Kriegsschiffe nicht mehr stattfinden würden, ist unbegründet, denn die Seekontrolle einschließlich des Anlaufens der Häfen und der Anbordnahme von Kontrollorganen bleibe weiterbestehen. Es ist also durchaus das Gleichgewicht zwischen Land- und Seekontrolle gewahrt. Denn ein bewaffnetes Kontroll- und Vollzugsorgan hat es zu Lande vielleicht ja nie gegeben. Der Ueberwachung der Zufuhren nach Spanien durch die Landkontrolle steht zur See die Verpflichtung der gesamten Schiffahrt, die Kontrollhäfen anzulaufen und dort Kontrollorgane an Bord zu nehmen, gegenüber.

Es gab für die Reichsregierung die einzig mögliche Konsequenz, sich von dem Kontrollsystem zurückzuziehen.

Dies ist in kurzen Umrissen die Geschichte der Nichteinmischung in Spanien. Ich glaube, daß nach dem soeben geschilderten niemand der deutschen und auch der italienischen Regierung einen Mangel an Solidaritätsgefühl vorwerfen kann.

Die französisch-englische Kontrolle keine befriedigende Lösung

Ich komme nun zu der **augenblicklichen Lage des Ausschusses:** Nachdem das Mandat der vier Mächte zur Ausübung der Kontrolle durch Ausscheiden Deutschlands und Italiens erloschen war, haben die englische und die französische Regierung den Vorschlag gemacht, **diese Kontrolle in Zukunft nur durch französische und englische Schiffe ausüben zu lassen und gleichzeitig neutrale Beobachter an Bord der Kontrollschiffe zu nehmen.** In der Sitzung des Unterausschusses vom 29. Juni habe ich eine Erklärung abgegeben, in der mitgeteilt wird, daß die deutsche Regierung diesen Vorschlag nicht als eine befriedigende Lösung ansehen kann. Ich möchte mich heute darauf beschränken, nochmals auf zwei Punkte hinzuweisen, die allein genügen, eine einseitige Kontrolle durch England und Frankreich für Deutschland nicht annehmbar zu machen.

1. England und Frankreich erkennen die Valencia-„Regierung" als die rechtmäßige Regierung Spaniens an, Deutschland und Italien die Salamanca-Regierung des Generals Franco. **Die Ausübung der Kontrolle durch die Flotten der vier Mächte stellte ein politisches Gleichgewicht dar, wie es für eine wahre unparteiische Handhabung der Kontrolle unerläßlich ist. Dieses Gleichgewicht sollte durch die Uebertragung der gesamten Ueberwachung der spanischen Häfen ausschließlich an die englischen und französischen Schiffe grundlegend gestört werden.**

2. Nach den Erfahrungen der vier Mächtebesprechungen scheint es nach meiner Auffassung **den Grundsätzen politischer Realität zu widersprechen, heute das Monopol für die Seekontrolle in Spanien Mächten anzuvertrauen, die im kritischen Augenblick unserer Meinung nach nicht jenen Grad an Solidarität gezeigt haben, der in diesem Fall so von Nöten gewesen wäre.** Ich kann hier nur meine Frage wiederholen, ob England und Frankreich unter ähnlichen Bedingungen willens gewesen sein würde, Deutschland und Italien ein solches Mandat zu übertragen. Auch in diesem Zusammenhang kann man, wie bereits erwähnt, das Versagen des Viermächteabkommens vom 12. Juni und die damit verbundene Erschütterung des Vertrauens unter den Mächten nur ernsthaft bedauern.

Die Behauptung, daß das fehlende Gleichgewicht durch das Anbordnehmen von sogenannten **neutralen Beobachtern** auf die englischen und französischen Schiffe wiederhergestellt werden kann, ist ein Trugschluß, denn: **Man muß sich fragen, wer ist in diesem Spanienkonflikt eigentlich neutral und welche Mächte außer Deutschland und Italien erkennen General Franco als rechtmäßige Regierung in Spanien? Diese kurze Bemerkung, sollte** meiner Auffassung